

JURI HÄLKER, CLAUDIUS VELLAY

Wirtschaftsdemokratie in schwerer See

Gemeinsame Konferenz der europäischen Netzwerke EURED, Transform! sowie der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Am 7./8. Dezember 2004 trafen sich im Brüsseler EU-Parlament rund 40 Teilnehmer aus der wissenschaftlichen und politischen Linken zur Konferenz »Economic Democracy«. Vorausgegangen war dieser Tagung eine dem gleichen Thema gewidmete Konferenz im Juni 2003 in Stockholm.¹

Nach einer Begrüßung der Konferenzteilnehmer durch Helmut Markov (MdEP GUE/NGL [PDS]) referierte Heinz Bierbaum (Info Institut Saarbrücken, Deutschland) zum Stand der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland. Bierbaum unterstrich die Bedeutung dessen, dass sich die Tagung mit ihrem Thema Wirtschaftsdemokratie gegen den vorherrschenden gesellschaftlichen Trend stelle.² Dabei sei es wichtig, gerade in Zeiten, in denen die Mitbestimmung in der BRD massiv infrage gestellt würde, wirtschaftsdemokratische Vorstellungen zu diskutieren. Im Einsatz moderner Management-Konzepte würden »spezifische Partizipationstrends« sichtbar. Diese Konzepte setzten den Schwerpunkt auf Prozess- und Marktorientierungen sowie gezielte Verhaltenssteuerungen der Beschäftigten. Während die individuelle Partizipation von abhängig Beschäftigten gefördert würde, sehe sich die kollektive Interessenvertretung unter Druck. Punktuell könnten kollektive Strukturen der Interessenvertretung allerdings auch eine Stärkung erfahren – so etwa, wenn sich Betriebsräte als Co-Manager betätigten. Dabei konstituiere sich die Stabilisierung dieser Betriebsräte allerdings aus ihrer Orientierung auf die Nutzbarmachung der Interessenvertretung für Unternehmensziele. Die Dominanz des Kapitalinteresses werde sichtbar. Bei diesem Co-Management dominiere der »technokratische Charakter« der Mitbestimmung, die sich so in einen Prozess der »Entpolitisierung« begeben. Damit reduziere sich Mitbestimmung auf die Ausgestaltung unternehmerischer Entscheidungen, die nicht mehr infrage gestellt würden. Bierbaum forderte in diesem Zusammenhang eine Repolitisierung der Mitbestimmung und warnte davor, bei der Verteidigung der Mitbestimmung diese über ihre ökonomische Nützlichkeit zu legitimieren.³

Tony Andreani (Espace Marx/Universität Paris 8, Frankreich) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit Problemen und Chancen von selbstverwalteten Betrieben. Genossenschaftlich organisierte Betriebe scheinen ihm in Abgrenzung sowohl zum privatkapitalistischen als auch zum staatlichen Betrieb vom Demokratiegesichtspunkt aus (pro Beschäftigten eine Stimme) als alleinige Träger einer wirklich alternativen Wirtschaftslogik. Zumindest zwei Probleme erschwerten im kapitalistischen Umfeld die Entwicklung selbstverwalteter Genossen-

Juri Hälker – Jg. 1966, gelernter Maschinen-schlosser, Kommunikations-wissenschaftler und Industriesoziologe, promoviert zum Thema »Erfolgsbilanzen von gewerkschaftlichem Co-Management«, arbeitet als Fernsehjournalist bei einem öffentlich-rechtlichen Sender, lebt in Duisburg. Kontakt: Jurihalker@aol.com

EURED – European Union for the Research in Economic Democracy (Europäische Vereinigung für Forschungen zur Wirtschaftsdemokratie), www.econ-pol.unisi.it/econdem/.

Das Netzwerk Transform! für alternatives Denken und politischen Dialog wurde im Zuge des Weltsozialforums in Porto Alegre im Jahre 2001 gegründet. Träger sind das französische *Espace Marx*, die *Rosa-Luxemburg-*

schaften: Defizite bei der Betriebsgröße und bei der Finanzierung. Für letzteres schlägt Andreani eine massive Finanzierung über Bankkredite vor, während er im ersten Fall für die Vereinbarung von Demokratie und Effizienz in einer Netzwerkorganisation plädierte. Andreani führte die baskische Genossenschaftsgruppe Mondragon⁴ als Beispiel an. Mondragon kann auf eine außerordentliche Erfolgsgeschichte verweisen. Heute arbeiten fast 70 000 Menschen in der genossenschaftlichen Unternehmensgruppe. Im Baskenland sind 3,8 Prozent aller Beschäftigten in der Genossenschaft tätig. In einigen Bereichen gehören Mondragonunternehmen zu den spanischen Marktführern. Insbesondere die spanischen Teilnehmer der Konferenz äußerten sich hier jedoch ausgesprochen kritisch. Gerade Mondragon zeige exemplarisch, wie sich auch genossenschaftliche Unternehmen den Zwängen der kapitalistischen Konkurrenz nicht entziehen könnten.⁵ So hat Mondragon Teilproduktionen entwickelt, in denen keine Genossenschaftsmitarbeiter tätig sind, sondern abhängige Lohnarbeit geleistet wird. Mittlerweile verfügt Mondragon über Dutzende Produktionsstandorte in ausländischen Niedriglohngebieten. Eine solche Genossenschaft, so ein Einwand aus dem Publikum, hätte den Charakter einer »semi-kapitalistischen Organisation«.⁶

Richard Minns (PERC/Universität Sheffield, Großbritannien) untersuchte die Chancen dafür, mittels kollektiver Kapitalfonds Einfluss auf ökonomische Entscheidungsprozesse erlangen zu können. Minns plädierte für die Nutzung sozial kontrollierter Kapitalfonds. Durch diese würden sich Möglichkeiten für ethisch und sozial motivierte Einflussnahme auf wirtschaftliche Entscheidungen ergeben. Das Investmentverhalten von Pensionsfonds könne so beispielsweise neben den Renditeinteressen auch die Förderung von regionaler Infrastruktur oder die Schaffung von Arbeitsplätzen berücksichtigen.

Luigi Cerri (EURED/Universität Siena, Italien) widersprach in seinem Beitrag auch den nur vorsichtig formulierten Hoffnungen von Richard Minns. Über die soziale Kontrolle von Kapitalfonds sei kaum eine Hoffnungsperspektive erkennbar, die zu wirtschaftsdemokratischen Einflussmöglichkeiten führen könnte. Auch Pensionsfonds unterlägen den Systemzwängen. Beispiele aus den USA zeigten, dass diese sich nicht anders als jeder andere »normale« Investor verhalten würden.

Stefan Sjöberg (CMS Marx, Stockholm, Schweden) betonte dagegen den Nutzen von gewerkschaftlich verwalteten Pensionsfonds. Mit ihnen könne demokratisch bestimmter Markteinfluss gewonnen werden. So stellte er das Konzept der schwedischen Linkspartei vor, welches mit Hilfe von Sozialfonds den Einfluss von privatem Eigentum in Großunternehmen zurückdrängen will.

Ob Ulla Plener (Redaktion der Zeitschrift UTOPIE kreativ, Berlin, Deutschland) Sjöbergs Wegvorstellungen teilt, blieb offen. Allerdings ging es ihr ebenfalls um Wirtschaftsdemokratie als gesamtgesellschaftliche Perspektive, da die soziale Exklusion in der Massenarbeitslosigkeit die menschliche Würde untergrabe. Die Historikerin mahnte die Gewerkschaften, die Demokratisierung der Wirtschaft als Hebel zur Erlangung sozialer Gerechtigkeit wiederzuentdecken.⁷

Hilary Wainwright (TNI-Instituut Amsterdam/Zeitschrift Red Pepper, London, Großbritannien) diskutierte im Anschluss an lateiname-

Stiftung, die Hamburger Zeitschrift *Sozialismus*, die griechischen *Fondation Nicolas Poulentzas*, die spanischen *Fundacion de Investigaciones Marxistas*, *Transform Italia*, *Transform Austria* und das schwedische *Centrum för marxistiska samhällsstudier*, www.transform-network.org.

Claudius Vellay – Volkswirt, arbeitet an einer deutsch-französischen Dissertation zur Zukunft der Arbeit mit Bezug auf Georg Lukács' Ontologie, angebunden an der Freien Universität Berlin und der Sorbonne, lebt in Paris.
Kontakt: Cvellay@aol.com.

1 Zu den Ergebnissen der Stockholmer Konferenz siehe Alessandra Pelloni: Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke, in: UTOPIE kreativ, Heft 159 (Januar 2004), S. 68-72.

2 So scheint sich bis heute wenig an der schon vor rund 20 Jahren von Heinrich Potthoff gemachten Feststellung geändert zu haben, nach der »das Thema Wirtschaftsdemokratie in den letzten Jahrzehnten kaum eine Rolle« gespielt habe und als Programm fast nir-

gendwo mehr auftauche (Heinrich Potthoff: Wirtschaftsdemokratie – Grundlagen und Konsequenzen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/1985).

3 Vgl. Juri Hälker: Betriebsräte in Rollenkonflikten – Betriebspolitisches Denken zwischen Co-Management und Gegenmacht, Rainer Hampp Verlag 2004, S. 83 ff.

4 Siehe unter www.mondragon.mcc.es/ale/index.asp.

5 »Wir haben in dieser Hinsicht keinerlei Ambitionen. Wir glauben lediglich, eine menschlichere Unternehmensform entwickelt zu haben, die mehr direkte Beteiligung zulässt« (www.mondragon.mcc.es/ale/contacto/faqs11.html).

6 Zu diesem Themenkomplex sei der Aufsatz »Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus« von Michael R. Krätke (in: Kritische Interventionen, 2003) empfohlen (www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf).

7 Siehe dazu ausführlich die dreiteilige Serie »Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie« von Ulla Plener in: UTOPIE kreativ, Heft 120 (Oktober 2000), 123 (Januar 2001) u. 127 (Mai 2001).

8 Vgl. Horst Klein: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 41. Jg., Heft 1/1999.

9 Heinrich Potthoff, a. a. O.

rikanische Erfahrungen (z. B. mit dem Partizipationshaushalt in Brasilien) Radikaldemokratie als Ergebnis des Drucks von sozialen Bewegungen. Nur Gestaltung von unten garantiere tatsächlichen demokratischen Fortschritt.

Joachim Bischoff (Zeitschrift Sozialismus, Hamburg, Deutschland) schließlich plädierte für ein Zurück auf den Boden der real existierenden neoliberalen Tatsachen. Demokratisierung der Wirtschaft bedeute heute zuerst einmal Abwehr der verschärften Umverteilung mittels Sozialabbaus, welche die Spielräume demokratischer Einflussnahme beschneide. Sozialfondsbildung nach dem Beispiel der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gehöre in die keynesianische Epoche der 70er Jahre, während es heute um die Verhinderung von Privatisierungen insbesondere im Bereich der Alters- und Gesundheitsvorsorge ginge.

Zusammenfassend korrelierte die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Referenten aus dem nördlichen, mittleren und südlichen (West-) Europa auffällig mit den jeweiligen gesellschaftspolitischen Ausgangslagen. Den Vorschlägen aus Großbritannien (Minns) und Schweden (Sjöberg) zur Demokratisierung von Pensionsfonds wurde umso heftiger widersprochen, je südlicher die Herkunft des Redners (Frankreich und insbesondere Cerri aus Italien). So ist es folgerichtig, dass die Auslotung noch vorhandener Spielräume von Mitbestimmung auf Betriebsebene von einem deutschen Vertreter (Bierbaum) vorgenommen wurde, während die nur schriftlich vorliegenden spanischen Beiträge (Sánchez) sich mit Qualitätsmanagement als Disziplinierungsmittel auseinandersetzen. Die britische Vertreterin (Wainwright) knüpfte Demokratiefortschritte an den Druck der sozialen Bewegungen, und aus Frankreich (Andreani) wurden Überlegungen zur kooperativen Solidarökonomie vorgetragen. Angesichts solcher geografischer Spezifika wäre es sicher wünschenswert, wenn auf der geplanten Folgetagung am Rande des europäischen Sozialforums in Athen Anfang 2006 auch osteuropäische Referenten eingebunden würden.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass es der Veranstaltung nicht gelungen ist, deutlich zu machen, woher gerade in der heutigen Situation der nach wie vor anhaltenden und sich weiter verstärkenden neoliberalen Hegemonie die Ansätze für eine Offensive im Sinne wirtschaftsdemokratischer Überlegungen kommen sollen. Wirtschaftsdemokratie konnte als sozialdemokratisches Theorieprodukt⁸ immer dann realpolitische Wirkungskraft entfalten, wenn in »revolutionären Umbruchzeiten«⁹ die Gefahr von grundsätzlichem und tiefgehendem Eigentumsverlust die Bourgeoisie zu taktischen Zugeständnissen zwang. Achtstundentag statt Rätorepublik, Montanmitbestimmung statt Sozialisierung der Schlüsselindustrien – um nur zwei Stichworte zu nennen. Vergleichbare Drohpotenziale sind heute nicht in Sicht. Offensichtlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Während das Kapital auf einen aggressiven Konfrontationskurs gegenüber der Arbeiterbewegung und ihren Errungenschaften setzt, kann angesichts dieser Bedingungen für die Durchsetzung wirtschaftsdemokratischer Reformvorstellungen, dies war auch auf der Tagung spürbar, zumindest vorerst nur wenig Optimismus aufkommen.